



CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

An die Mitglieder
der CDU/CSU-Fraktion
im Deutschen Bundestag
- im Hause -

Berlin, 07. März 2023

Nach 15 Monaten Ampel: Ein familienpolitisches Fiasko

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nach 15 Monaten Ampel-Regierung stellen wir fest: Der gesellschaftliche Umbau, den der Koalitionsvertrag bereits ahnen hat lassen, ist in vollem Gange. Statt Familienpolitik an vermeintlich neue Realitäten anzupassen, schaffen die Koalitionsparteien neue Realitäten für Familien, ideologisch geprägt durch Partikularinteressen der bunten Ränder neuer Lebensformen und fernab jeglicher Mitte. Es bleibt insofern auch abzuwarten, was konkret zur Neuregelung des Abstammungsrechts und der Verantwortungsgemeinschaft vorgelegt wird. Unter dem Leitmotiv der „Entbiologisierung der engagierten Zivilgesellschaft“ beobachten wir eine Dekonstruktion von Familie, die ihresgleichen sucht. Während in fast allen anderen Politikfeldern ein Hauen und Stechen zwischen SPD, Grünen und FDP herrscht, sind sich die selbsternannten Fortschrittskoalitionäre bei der Familien- und Geschlechterpolitik weitgehend einig. Allerdings haben sie im Koalitionsvertrag auch viele vollmundige Versprechungen gemacht, die sie nunmehr nach und nach aufgeben bzw. bislang nicht oder nur zögerlich einlösen.

Als Volkspartei in der Opposition müssen wir deshalb mit größtmöglicher Geschlossenheit an unserem gesellschaftspolitischen Gestaltungsanspruch festhalten. Für die Union steht traditionell die Familie im Mittelpunkt der Politik. Für Ihre Argumentation möchten wir Sie deshalb heute über die augenfälligsten familienpolitischen Fehlentwicklungen und Entwurzelungsprojekte der Ampel informieren:

➤ **Abschaffung von Paragraf 219a StGB: Das Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche fällt als erstes.**

Kaum ein Vorhaben der Ampel-Koalition wurde so beherzt und rasch umgesetzt wie die Abschaffung des Paragrafen 219a des Strafgesetzbuchs, nach dem Werbung für Schwangerschaftsabbrüche

Dorothee Bär MdB

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Platz der Republik 1
11011 Berlin

T 030. 227 - 74082
F 030. 227 - 76082

dorothee.baer@bundestag.de
www.cducsu.de

Silvia Breher MdB

Vorsitzende der Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Platz der Republik 1
11011 Berlin

T 030. 227 - 70018
F 030. 227 - 76068

silvia.breher@bundestag.de
www.cducsu.de

unzulässig war. Für die Fortschrittskoalitionäre ist ein Schwangerschaftsabbruch das Gleiche wie ein kosmetischer Eingriff, und in diesem Verständnis von SPD, Grünen und FDP hat ein Unrechtscharakter leider keinen Raum.

➤ **Abschaffung von Paragraf 218 StGB - ein Dammbbruch**

Der Vorstoß der Bundesfamilienministerin, nach dem Werbeverbot nun auch den Abtreibungsparagrafen selbst aus dem Strafrecht zu streichen, ist ein Dammbbruch im Verständnis von menschlichem Leben. Das ungeborene Kind wird völlig ausgeblendet. Das ist ethisch aus unserer Sicht unververtretbar. Es geht eben nicht nur einseitig um die reproduktive Selbstbestimmung und das Recht der Frau auf Abtreibung, das wir als Union nicht in Frage stellen. Auch das ungeborene Kind hat ein grundrechtlich geschütztes Lebensrecht. Diese Kinder und damit auch unser Grundgesetz spielen für die Familienministerin keine Rolle.

➤ **Pubertätsblocker**

Die Zahl der Jugendlichen, die sich ärztlich behandeln lassen, weil ihre eigene Geschlechtswahrnehmung nicht ihrem Körper entspricht, ist laut Experten stark angestiegen, vor allem unter Mädchen. Pubertätsblocker sind Medikamente, die die Reifeentwicklung hemmen. Auf den Internetseiten des vom BMFSFJ betriebenen „Regenbogenportals“ wurde die Einnahme von Pubertätsblockern empfohlen als handle es sich um Hustenbonbons. Kinder oder Jugendliche, die sich in einem ihnen fremden Körper wännen, sollten so ihre körperliche Entwicklung in die für sie „falsche“ Richtung stoppen können. Ein schwerwiegender Eingriff mit unbekanntem Nebenwirkungen und in der Ärzteschaft umstritten. Erst auf unseren Druck hin wurde der Beitrag angepasst und weniger affirmativ formuliert.

➤ **Kindergrundsicherung: Eckpunktepapier aus dem BMFSFJ packt Kinderarmut nicht an der Wurzel.**

Sie war angekündigt als DAS zentrale sozial- und familienpolitische Prestigeprojekt der Ampel-Koalition. Nach dem BMFSFJ-Entwurf sollen mehrere familienpolitische Leistungen gebündelt und ausgebaut werden. Es ist je nach Ausgestaltung von einem teuren Vorhaben im zweistelligen Milliardenbereich auszugehen. Der Bundesfinanzminister lehnt den Vorschlag in der bekannt gewordenen Fassung bislang jedoch ab. Der Vorstoß enthält keine Angebote zur Verbesserung der Erwerbstätigkeit der Eltern, er setzt keine Erwerbsanreize. Der Entwurf sieht die Schaffung einer neuen Behörde

vor: Damit würden neue und mehr Bürokratie sowie Doppelstrukturen geschaffen werden. Die Bundesfamilienministerin begründet die Notwendigkeit einer Kinderrundsicherung auch damit, dass aktuell nur 35 Prozent der anspruchsberechtigten Kinder den Kinderzuschlag bekommen würden. Doch das sind Zahlen aus dem Jahr 2018, also vor der umfassenden Reform des Kinderzuschlags sowie des Bildungs- und Teilhabepakets. Fakt ist aber, dass bis Ende 2022 mehr als dreimal so viele Kinder erreicht wurden. (Anm.: Juni 2019: 250.000 und Dezember 2022: 800.000). Wir sind der Meinung: Kinderarmut ist Familienarmut. Der Kampf gegen Kinderarmut muss durch Infrastruktur- und Teilhabemaßnahmen flankiert werden. Für eine Weiterentwicklung familienpolitischer Leistungen benötigen wir eine solide, seriöse und faktenbasierte Grundlage in Form einer Evaluierung des reformierten sogenannten „Starke-Familien-Gesetzes“; die von der Bundesfamilienministerin im letzten Jahr abgeschaffte Evaluationsklausel muss deshalb wieder eingeführt werden. Wir brauchen ein echtes Kinderchancenpaket. Daran arbeiten wir.

➤ **Selbstbestimmungsgesetz: Biologische Geschlechter waren gestern.**

Die Eckpunkte der Ampel zum Selbstbestimmungsgesetz sehen vor, dass jede und jeder künftig einmal jährlich anlasslos und ohne weitere Voraussetzungen den Geschlechtseintrag im Personenstandsregister sowie den Vornamen wechseln kann. Für Kinder bis einschließlich 13 Jahren geben die Eltern die Erklärung ab. Ab 14 erfolgt die Antragstellung durch die Betroffenen mit Zustimmung der Eltern ab. Allerdings kann die Zustimmung der Eltern durch das Familiengericht ersetzt werden, wenn diese die Zustimmung versagen. Letztlich ist das sog. Selbstbestimmungsgesetz Teil einer fragwürdigen Identitätspolitik der Ampel. Sie will damit biologisches und soziales Geschlecht entkoppeln und der Beliebigkeit hingeben. Wir sind jedoch der Auffassung, dass das Geschlecht – sei es in biologischer oder sozialer Hinsicht – eine Realität darstellt und nicht der freien Selbstbestimmung unterliegt. Bereits mit dem Namen des Gesetzes soll die Öffentlichkeit getäuscht werden.

➤ **Feminismus als Deckmantel für Klientelpolitik**

Sowohl mit der „Antifeminismus-Meldestelle“ der Amadeu-Antonio-Stiftung, die schon in ihrer Konstruktion als Meldestelle für Äußerungen unterhalb der strafrechtlichen Relevanz aus Rechtsstaatsgründen abzulehnen ist, als auch im Rahmen der Leitlinien feministischer (Außen-)Politik und der gesamten Familienpolitik

will die Ampel den Begriff Feminismus in eine Sammelbezeichnung für LGBTIG*/Queer umdeuten. Dabei werden die Interessen von (biologischen) Frauen bewusst negiert und Frauen wieder zur Randgruppe degradiert.

- **Reproduktive Selbstbestimmung: gerne elternunabhängig**
Die Ampel fokussiert ihr Verständnis der reproduktiven Selbstbestimmung allein auf Fragen der Abtreibungsmöglichkeiten sowie der reproduktiven Möglichkeiten von/für Regenbogenfamilien. Die natürliche Elternschaft scheint überholt. Die im Koalitionsvertrag angekündigte „Kommission zur reproduktiven Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin“ ist eingesetzt. Sie soll prüfen, wie sich der Schwangerschaftsabbruch außerhalb des Strafgesetzbuches regeln, die Eizellspende legalisieren und die altruistischen Leihmuttertschaft regeln lassen könnten. Die Tatsache, dass Frauen, die sich für ein Kind entscheiden, ebenfalls (bessere) Unterstützung zukommen muss, und eben auch dieser Aspekt zur reproduktiven Selbstbestimmung gehört, wird dabei nicht in Betracht gezogen.
- **Der Ausbau der Ganztagsbetreuung für Grundschulkindergänge geht zu Lasten der Kommunen.**
Die Verausgabung von Mitteln beim Investitionsprogramm zum beschleunigten Infrastrukturausbau der Ganztagsbetreuung für Grundschulkindergänge verzögert sich, weil Bauvorhaben wegen Corona und der Energiekrise nicht rechtzeitig vor Fristablauf fertig gestellt werden konnten. Betroffenen Kommunen wird nun der Zuwendungsbescheid widerrufen und die Fördermittelsumme verzinst zurückgefordert. Die naheliegendste Lösung einer Fristverlängerung lehnt die Ampel ab. Die Kommunen sollen stattdessen die Mittel zu einem späteren Zeitpunkt erneut beantragen können. Der Aufwand ist abschreckend hoch, auf den Zinsen bleiben die Kommunen sitzen. Der Effekt: Die Ampel verschleppt den dringend benötigten Infrastrukturausbau an Schulen und bestraft die, die in Vorleistung gegangen sind.
- **Kita-Ausbau hängt trotz erheblichen Bedarfs fest.**
Ein im Koalitionsvertrag angekündigtes weiteres Investitionsprogramm zum Kita-Ausbau lässt auf sich warten. Laut Bertelsmann-Stiftung fehlen allein in diesem Jahr voraussichtlich rund 384.000 Plätze. Für das Jahr 2023 sind keine Haushaltsmittel dafür eingestellt.

➤ **Gesamtstrategie für Sicherung des Fachkräftebedarfs? Nicht in Sicht.**

Im Koalitionsvertrag angekündigt ist die Entwicklung einer Gesamtstrategie gemeinsam mit den Ländern und allen relevanten Akteuren, um den Fachkräftebedarf für Erziehungsberufe zu sichern. Das noch von der unionsgeführten Bundesregierung in der letzten Legislaturperiode aufgelegte Bundesprogramm „Fachkräfteoffensive Erzieherinnen und Erzieher“ hat die Ampel indes eingestellt.

➤ **Sparen auf Kosten unserer Kinder: Ende des Bundesprogramms Sprach-Kitas**

Noch im Koalitionsvertrag hat die Ampel versprochen, das Bundesprogramm Sprach-Kitas „weiterzuentwickeln und zu verstetigen“. Ein halbes Jahr später kam das plötzliche Förder-Aus. Unverständnis und Proteste landauf, landab, und wir als Union haben Druck gemacht: Der Förderzeitraum wurde zwar zumindest um sechs Monate verlängert. Während sich BMFSFJ und auch die SPD als „Retter der Sprach-Kitas“ verkauft haben, wurden die Mittel für die Verlängerung lediglich umgeschichtet und aus dem Topf des so genannten „Kita-Qualitätsgesetzes“ genommen. Die Schuld und Verantwortung für die eventuelle Nicht-Weiterführung der Sprach-Kitas wurden auf die Länder abgewälzt. Beim Bund haben sie keine Zukunft.

➤ **Ampel stellt weitere Bundesprogramme im Bereich der frühkindlichen Bildung ein.**

Ungeachtet dringender Appelle der Fachwelt und von Seiten aller relevanten Akteure stellt die Ampel keine Haushaltsmittel mehr für die Bundesprogramme „Kita-Einstieg“ und „ProKindertagespflege“ zur Verfügung – auf Kosten der Kleinsten und Schwächsten unserer Gesellschaft, unserer Zukunft.

➤ **Mittel für die Frühen Hilfen werden gekürzt statt angehoben.**

Noch im Koalitionsvertrag hat die Ampel vollmundig angekündigt, die Frühen Hilfen zu dynamisieren. Doch was tut die sie jetzt? Sie kürzt die Mittel im Vergleich zum Vorjahr. Wortbruch in Routine.

➤ **Vereinbarkeit von Familie und Beruf: null Priorität für die Ampel**

Die im Koalitionsvertrag angekündigte Elterngeldreform mit Erleichterungen für Selbstständige und Inflationsausgleich durch Dynamisierung des Elterngeldes bleibt bislang aus.

➤ **Demokratieförderungsgesetz: ideologische Normenkontrolle per Dauerauftrag**

Initiativen und Vereine, die sich gegen Extremismus engagieren und bisher über eine Projektförderung unterstützt wurden, sollen künftig mit festen Zahlungen aus dem Staatshaushalt finanziert werden. Das klingt nicht nur wie das Prämieren von erwünschten Weltanschauungen der Ampel, das ist es auch. Das Ziel der Stärkung unseres Zusammenlebens in Vielfalt wäre aus unserer Sicht besser erreicht, wenn diese Millionen Steuergelder stattdessen z.B. in die sprachliche Bildung und Personalausstattung in Kitas investiert würden.

Mit freundlichen Grüßen



Dorothee Bär MdB



Silvia Breher MdB